

Cameron ködert Rebellen

Mit einem verfassungsrechtlich irrelevanten Gesetz über das geplante EU-Referendum im Jahr 2017 will der britische Premier David Cameron bei den Gegnern in seiner eigenen konservativen Partei Punkte machen. Die braucht er, um seine Position zu festigen.

Sebastian Borger aus London

Warm soll es werden und windstill – ideale Voraussetzungen für eine Grillparty in einem der schönsten Privatgärten Londons. Premier David Cameron hat für heute, Freitag, mehr als 300 Personen zum Sommerfest in seinen Amtssitz in der Downing Street eingeladen. Liberaldemokraten sind nicht dabei; und auch keine gewöhnlichen Bürger.

Cameron will mit seiner konservativen Fraktion Einigkeit demonstrieren: Geschlossen stimmen die Konservativen im Unterhaus für ein Gesetz, das schon jetzt dem für 2017 geplanten EU-Referendum den Weg bereiten soll. „Alle Abgeordneten sollten erscheinen und abstimmen“, hofft der gut gelaunte Premier.

Die Hoffnung ist ebenso vergeblich wie die Abstimmung symbolisch. Sowohl der kleine liberale Koalitionspartner wie auch die Labour-Opposition wollen fernbleiben, wenn über den Gesetzesentwurf des Tory-Hinterbänklers James Wharton abgestimmt wird. Damit ist die Initiative von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Vorab ärgerten sich selbst eingeschworene EU-Feinde über die parteitaktische Aktion. Es handle sich offenbar um ein „blaues Referendum“, höhnte in Anspielung auf die konservative Parteifarbe der Labour-Mäzen und langjährige Befürworter einer Volksabstimmung, John Mills. Zudem sind sich alle Experten einig: Whartons Gesetz wäre selbst bei einer Verabschiedung verfassungsrecht-

lich irrelevant: Das im Frühjahr 2015 neu zu wählende Unterhaus kann dann ohnehin machen, was es will.

Alles kein Problem, findet Außenminister William Hague, der im Parlament für die Tories sprechen wird. Das darf er immerhin von der Regierungsbank aus, wozu längere Verhandlungen mit den Liberaldemokraten nötig waren. Ausdrücklich wird aber keine Regierungsposition formuliert.

Innerparteilicher Populismus

Die Symbolpolitik der Konservativen dient der Ruhigstellung des Parteivolks sowie der Medien, die für einen EU-Austritt trommeln. Diese Woche versuchten der *Evening Standard* sowie *The Sun*, die Kosten der EU-Mitgliedschaft zu beziffern. Gemäß der konservativen EU-Gegnerin Priti Patel sind allein seit 2011 Kosten in Höhe von 5,8 Mrd Euro hinzugekommen. Hingegen warnen die wissenschaftliche Abteilung des Unterhauses sowie der Unternehmerverband CBI vor dem Austritt: Dieser werde „komplizierte Finanzverhandlungen“ nach sich ziehen, also teuer werden.

Dennoch müsste die Insel auch in Zukunft „aus praktischen Gründen wahrscheinlich eine erhebliche Anzahl von EU-Gesetzen“ einhalten, analog dem Beispiel kleinerer Staaten wie Norwegen oder Schweiz. Deren – von manchen Tories befürworteten – Status lehnt die CBI-Studie ab: „Wir sollten in der EU bleiben und an der Reform der Gemeinschaft mitarbeiten.“



Strategischer Blumengruß für die Gegner in der eigenen Partei: Großbritanniens Premier David Cameron will mit der Abstimmung über ein Referendumsgesetz zur EU-Mitgliedschaft Stärke zeigen. Die Abstimmung wird aber folgenlos bleiben. Das weiß er selbst auch.

Foto: Reuters / Leon Neal

Italien: Letta kalmiert seine Partner und darf weiterarbeiten

Rom/Wien – Italiens Ministerpräsident Enrico Letta hat zwei Monate nach Beginn seiner Amtszeit die erste gefährliche Bewährungsprobe bestanden: Nachdem mehrere seiner Koalitionspartner in den vergangenen Tagen lautstark protestiert hatten, hat Letta nun eingelenkt und am Donnerstag im Zuge einer Krisensitzung des Kabinetts zugesagt, die Parteien stärker als bisher in die tägliche Regierungsarbeit und Beschlussfassung einzubeziehen.

Unter Druck geraten war Letta nicht zuletzt wegen des angeblich zu schleppenden Reformtempos. Diesen Vorwurf erhob vor allem sein direkter Vorgänger als Regierungschef, der Wirtschaftsexperte und ehemalige EU-Kommissar Mario Monti. Er hatte mit dem Austritt seiner Bewegung *Scelta Civica* gedroht, sollte Letta die Punkte des Regierungsabkommens nicht zügiger umsetzen.

Säumig sei die Regierung auch bei der Überweisung von Geldern für die öffentliche Verwaltung gewesen, damit diese Zahlungsaufforderungen privater Dienstleister und Lieferanten nachkommen kann. (gian)

Bericht: Briefverkehr überwacht

Alle US-Postkunden werden angeblich fotografiert

Washington / Buenos Aires / Wien – Die USA lassen einem Zeitungsbericht zufolge den gesamten Briefverkehr innerhalb des Landes registrieren. Absender und Empfänger jeder über den staatlichen Postdienst USPS verschickten Sendung würden von Computern abfotografiert, berichtete die *New York Times* am Mittwoch. Das Blatt berief sich dabei unter anderem auf Mitarbeiter des US-Justizministeriums und auf einen ehemaligen FBI-Agenten.

Rund 160 Milliarden Postsendungen sollen 2012 in dem Überwachungsprogramm Mail Isolation Control and Tracking (MICT) fotografiert worden sein. Damit soll die US-Regierung die Briefkontakte von Millionen Bürgern zurückverfolgen können. Laut der Zeitung wurde MICT 2001 ins Leben gerufen, nachdem Briefe mit dem tödlichen Gift Anthrax an US-Politiker verschickt worden waren. Die Giftbriefe kosteten fünf Menschen das Leben.

Ähnlich wie die Abhörmaßnahmen des Geheimdienstes NSA diene MICT vor allem der Arbeit von US-Strafverfolgungsbehörden, schrieb die Zeitung. Dank der gesammelten Daten sei es dem FBI gelungen, die Schauspielerin Shannon Guess Richardson wegen des mutmaßlichen Versands von Giftbriefen an Präsident Barack Obama und New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg aufzuspüren. „Es ist eine Informa-

tions-Goldgrube“, wurde ein Ex-FBI-Agent zitiert. Schon die Briefumschläge reichten aus, wertvolle Hinweise für die Ermittler zu sammeln. Einen Brief tatsächlich zu öffnen erfordert den Beschluss eines Richters.

In der Affäre um die Luftraumsperre für Boliviens Präsidenten Evo Morales im Zusammenhang mit dem flüchtigen Ex-NSA-Mitarbeiter Edward Snowden wollte das südamerikanische Staatenbündnis Unasur am Donnerstag in Buenos Aires zu einem Sondergipfel zusammenkommen. Schon am Vortag hatte die Gruppe erklärt, bei der Verweigerung von Überflugrechten für Morales' Maschine in Europa handele es sich um „Kidnapping“.

Appell: Asyl für Snowden

In Österreich forderten die Initiatoren des Appells „Gegen Unmenschlichkeit“ die Bundesregierung auf, Snowden temporäre Aufnahme zu gewähren. Es stehe außer Zweifel, dass Snowden Flüchtling gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention sei. Nach dem österreichischen Strafrecht bliebe Snowden straffrei. Der Paragraf über den Verrat von Staatsgeheimnissen sehe eine Ausnahme vor: „Wenn durch Enthüllungen wiederholte Verstöße des Staates gegen geltende Grundrechte offenlegt werden, dann ist die Tat nicht zu bestrafen.“ (dpa, Reuters, red) **Kommentar der anderen Seite 34**



Rund 160 Milliarden über den staatlichen Postdienst United States Postal Service (USPS) verschickte Sendungen sollen im Vorjahr fotografiert worden sein.

Foto: EPA/Lesser

Jetzt online bestellen auf A1.net

für Ihr Zuhause.

Gratis Herstellung

nur € **19⁹⁰*** pro Monat
statt € ~~34,80~~

A1 Internet mit Glasfaser Power.

- Mit bis zu 16 Mbit/s surfen, streamen und mehr
- Up- und downloaden auf allen Geräten gleichzeitig und soviel Sie wollen

Einfach A1.

